

II-4124 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/47-2/82

1010 Wien, den 7. Juli 1982
Stubenring 1
Telephon 57 56 55
Auskunft

Klappe

Durchwahl

1890 IAB

B e a n t w o r t u n g

1982-07-13

zu 1922 JB

der Anfrage der Abgeordneten TONN
und Genossen an den Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz be-
treffend die Umweltbelastung im
Raume Schwechat (Nr. 1922/J).

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen ge-
stellt:

- "1. Besteht Aussicht, trotz des Widerstandes einzelnder Bundesländer, gesetzliche Normen für den Immissionsschutz zu schaffen?
2. Wenn nicht, was kann getan werden, um eine Zunahme der Umweltbelastung im Raume Schwechat einzudämmen?
3. Sind Sie bereit, Verhandlungen mit der Chemischen Industrie in diesem Raume zu führen, damit der Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen möglichst bald begonnen wird?

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1. und 2.:

Der Immissionsschutz ist ein vordringliches Anliegen des Umweltschutzes. Ich kann mir daher nicht vorstellen, daß Politiker, die ernsthaft um das Wohl ihrer Mitbürger besorgt sind, auf eine bundeseinheitliche Regelung zur Immissionsabwehr auf Dauer verzichten können. Ich bin im Lichte der Ergebnisse der Landeshauptmännerkonferenz vom 13. Mai 1982 durchaus optimistisch, daß wir bald zu einer sachdienlichen Lösung kommen werden.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz nimmt jede Möglichkeit wahr, um zur Einschränkung der Immissionen seinen Beitrag zu leisten. So hat z.B. das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ein Zustandekommen des Dampfkessel-Emissionsgesetzes, BGBl.Nr. 559/1980, das erstmals für Österreich eine Emissionsbegrenzung nach dem Stand der Technik vorsieht, einen wesentlichen Beitrag geleistet, und es arbeitet in den Arbeitsgruppen zur Erstellung der Durchführungsverordnungen zu diesem Gesetz mit.

Ein weiterer Beitrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zur Verringerung der SO₂-Emissionen sind nicht zuletzt seine Empfehlungen und Richtlinien wie die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erarbeiteten Empfehlungen "Luftqualitätskriterien SO₂" und die im Rahmen von Forschungsaufträgen erstellten Richtlinien für die Emissionsbegrenzung luftverunreinigender Stoffe in der chemischen, petrochemischen und erdölverarbeitenden Industrie, die wesentliche Entscheidungsgrundlagen für die Behördenpraxis sind.

Darüberhinaus sind die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern zum Abschluß einer Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG über die Begrenzung des Schwefelgehalts in Heizöl schon so weit gediehen, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet werden kann.

All diese Maßnahmen werden sich für die Immissionssituation in den Industriezentren wie Schwechat positiv auswirken.

Zu 3.:

Als mit der Koordination im Umweltschutz befaßter Minister liegt mir die Umweltsituation des gesamten Bundesgebietes am Herzen, sodaß ich natürlich in erster Linie bestrebt bin, durch generelle Normen die Immissionssituation zu verbessern. Das schließt natürlich nicht aus, auch mit den Hauptemittenten Gespräche zu führen.

Der Bundesminister:

